

A n t r a g  
des  
RECHTS- UND VERFASSUNGS-AUSSCHUSSES

über den Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Hauer, Kaufmann, Dr. Michalitsch, Ing. Schulz und Mag. Tanner betreffend Einsatzbereitschaft der Polizei in Niederösterreich und Verrechnung von Kosten bei polizeilichen Großeinsätzen.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und darauf hinzuwirken, dass

- das bundesländerübergreifende Tätigwerden von Polizistinnen und Polizisten – wie es beispielsweise aus Anlass von Demonstrationen der Fall sein kann – zu keinen Leistungseinschränkungen bei den Dienststellen in Niederösterreich führt,
- die rechtlichen Grundlagen für die Festsetzung von Gebühren und Kostenersätzen für Leistungen der Sicherheitsexekutive – insbesondere für polizeiliche Großeinsätze bei Veranstaltungen die Erwerbsinteressen dienen – nach dem Sicherheitspolizeigesetz möglichst kostendeckend ermöglicht und regelmäßig evaluiert werden.“

SCHUSTER  
Berichterstatter

Dr. MICHALITSCH  
Obmann